

Ausschuss für Inneres und Sport
(46. Sitzung am 7. März 2019)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Beschlussfassung über einen Antrag der FDP-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Stand der Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Rising Boys Hannover**

Der Ausschuss folgte dem Unterrichtungswunsch einstimmig und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

2. **Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1536](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 14 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: -

3. **Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/599](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz (NLWG) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)**
Gesetzesentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die dort anhängige Wahlprüfungsbeschwerde entgegen. Das MS hatte darauf hingewiesen, dass auch das Kammergesetz für die Heilberufe und das Kammergesetz für die Heilberufe in der Pflege betroffen seien und die entsprechenden Regelungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ebenfalls geändert werden sollten. Der Ausschuss verständigte sich zum weiteren Verfahren darauf, den GBD um eine Vorlage zu dem Gesetzesentwurf zu bitten und dabei auch die vom MS genannten Regelungen zu berücksichtigen. Ferner bat er die - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, die Mitberatung bis zum 20. März abzuschließen, um mit dem Gesetzesentwurf gegebenenfalls das März-Plenum erreichen zu können.

Für die Fortsetzung der Beratung im Innenausschuss wurde der 14. März in Aussicht genommen.

5. **Gemeinsame europäische Asylpolitik**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2887](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema.

6. **Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich auf eine Anhörung und bat die Fraktionen, bis zum 12. März die Anzuhörenden zu benennen. Ferner nahm er eine Unterrichtung durch die Landesregierung im Anschluss an die Anhörung in Aussicht.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Aufbaus eines Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in **nicht öffentlicher Sitzung** - entgegen und führte darüber eine Aussprache.